

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Christine Kamm, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Dr. Martin Runge, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

GBW: Bezahlbaren Wohnraum für die Mieterinnen und Mieter auf Dauer sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, vor einem etwaigen Verkauf der GBW-Wohnungen an Dritte dem Landtag zu berichten,

- wie die Staatsregierung die Belange der Mieterinnen und Mieter wahren will,
- wie der Wohnbestand als wichtiger Beitrag zur Daseinsvorsorge dauerhaft gesichert und nachhaltig bewirtschaftet werden soll und wie der Bestand der GBW-Wohnungen auf Dauer als preisgünstiger und bezahlbarer Wohnraum gesichert werden soll.

Begründung:

Der Freistaat muss dafür Sorge tragen, dass der Wohnungsbestand der GBW weiterhin sozialorientiert und nachhaltig bewirtschaftet wird. Die Bemühungen des Freistaats im Bereich des sozialen Wohnungsbaus müssen insbesondere in den Ballungsräumen intensiviert werden, um einkommensschwachen Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, sich mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. In dieser Situation hat die Sicherung des preiswerten Wohnraums der GBW besondere Bedeutung. Die finanziellen Probleme der Landesbank dürfen nicht auf die etwa 100.000 Mieterinnen und Mieter der 34.000 Wohnungen abgewälzt werden. Es darf nicht passieren, dass am Ende die Mieter des Freistaats die Zeche zahlen für die Misswirtschaft der Landesbank. Zehntausende Mieterinnen und Mieter sind derzeit in großer Sorge um ihre Mietverträge und ihre Wohnungen.

Trotzdem hat die Staatsregierung alle Anträge der Opposition zur Sicherung der Belange der Mieterinnen und Mieter abgelehnt, teilweise mit der Begründung, dass ein Verkauf jetzt noch nicht bevorstehe. Da aber Landtagsanträge nur schwerlich passend zum Verkaufstermin der GBW-Wohnungen gestellt werden können, halten wir die Sicherstellung eines Berichts der Staatsregierung im Landtag vor einem etwaigen Verkauf für unabdingbar.